

**NIEDERSCHRIFT
ZUR SITZUNG DES
RATES**

**Sitzungs-Nr./Gremium/Wahlperiode:
44. Rat 2014-2020
Sitzungsdatum:
28.11.2019**

Niederschrift

Übach-Palenberg, den 28.11.2019

Unter dem Vorsitz von Bürgermeister Wolfgang Jungnitsch versammelte sich heute um 17:00 Uhr im großen Sitzungssaal des Rathauses der

Rat der Stadt Übach-Palenberg

um über folgende Tagesordnung zu beraten:

Tagesordnung

A) Öffentliche Sitzung

1. Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 10.10.2019
2. Bericht über die Ausführung der Beschlüsse des Rates vom 10.04.2019 aus öffentlicher Sitzung
3. Verzicht auf Aufstellung eines Gesamtabchlusses zum 31.12.2018
4. Überörtliche Prüfung durch die Gemeindeprüfungsanstalt; hier: Staatszuweisungen der Stadt Übach-Palenberg
5. Interkommunale Zusammenarbeit zur Einführung und zum Betrieb eines Serviceportals für den Kreis Heinsberg und die kreisangehörigen Kommunen
6. Förderprogramm "Gute Schule 2020"
7. Bebauungsplan Nr. 10 - Ägidiusstraße - 1. Änderung gem. § 13 a BauGB
hier: Abschluss der öffentlichen Auslegung und Satzungsbeschluss
8. Bebauungsplan Nr. 40 - Kirchfeld - 6. vereinfachte Änderung
hier: Aufstellungsbeschluss und Anordnung des Beteiligungsverfahrens
9. Erlass einer Veränderungssperre im Bereich der 6. vereinfachten Änderung des Bebauungsplanes Nr. 40 - Kirchfeld -
10. Bebauungsplan Nr. 41 - Thornstraße - 4. Änderung gem. § 13 a BauGB
hier: Abschluss der öffentlichen Auslegung und Satzungsbeschluss
11. Bebauungsplan Nr. 53 - Dionysiusstraße - 4. Änderung gem. § 13 a BauGB
hier: Abschluss der öffentlichen Auslegung und Satzungsbeschluss
12. Bebauungsplan Nr. 54 - Holthausen-Süd - 11. vereinfachte Änderung
hier: Abschluss der öffentlichen Auslegung und Satzungsbeschluss

13. Bebauungsplan Nr. 84 - Daimlerstraße - 1. Änderung
hier: Abschluss der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit und der Behörden
und Anordnung der öffentlichen Auslegung
14. Erneuter Beschluss einer Veränderungssperre im Bereich der 1.Änderung des
Bebauungsplanes Nr. 121 - Drinhausen-Süd -
15. Bebauungsplan Nr. 124 - Musikschule - im beschleunigten Verfahren gem. §
13 a BauGB
hier: Abschluss der öffentlichen Auslegung und Satzungsbeschluss
16. Bebauungsplan Nr. 126 - Beggendorfer Straße - im beschleunigten Verfahren
gem. § 13 a BauGB
hier: Abschluss der öffentlichen Auslegung und Satzungsbeschluss
17. Widmung von Gemeindestraßen für den öffentlichen Verkehr
18. Abweichungssatzung über die Erhebung von Erschließungsbeiträgen der Stadt
Übach-Palenberg für die Gutenbergstraße
19. Haushalt 2020
- 19.1 Haushaltsreden
- 19.2 Einwendungen gemäß § 80 Absatz 3 GO NRW zum Haushaltsentwurf 2020
- 19.3 Änderungsanträge zum Haushaltsentwurf 2020
- 19.4 Gebührenkalkulationen für das Jahr 2020 betreffend die öffentlichen Einrichtun-
gen Straßenreinigung, Stadtentwässerung, Abfallbeseitigung und Bestattungs-
wesen
- 19.4.1 14. Änderungssatzung der Beitrags- und Gebührensatzung zur Entwässe-
rungssatzung der Stadt Übach-Palenberg
- 19.5 4. Änderung der Satzung über die Festsetzung der Hebesätze für die Realsteu-
ern der Stadt Übach-Palenberg -Hebesatzsatzung-
- 19.6 Beratung und Beschluss des Stellenplanes für das Haushaltsjahr 2020
- 19.7 Beratung und Erlass der Haushaltssatzung 2020
20. Antrag der CDU-Fraktion vom 02.10.2019 gem. § 4 GeschO betr. Stellmacher-
straße
21. Antrag der CDU-Fraktion vom 06.10.2019 gem. § 4 GeschO betr. Schilder an
den Stadteingangsstraßen
22. Antrag der CDU-Fraktion vom 07.10.2019 gem. § 4 GeschO betr. Namens-
vergabe für das Vereinshaus in Marienberg
23. Antrag der CDU-Fraktion vom 08.10.2019 gem. § 4 GeschO betr. Ehrenbürger-
schaft für Herrn Walter Pötter

- 24. Antrag der FDP-USPD-Fraktion vom 07.10.2019 gem. § 4 GeschO betr. Verleihung eines Heimatpreises
- 25. Erweiterungen zur Tagesordnung
- 25.1 Antrag der CDU-Fraktion vom 11.11.2019 gem. § 4 GeschO betr. Errichtung von drei Drempel (Bremschwellen) auf der Otto-von-Hubach-Straße in Verbindung zur Johanniterstraße
- 25.2 Antrag der CDU-Fraktion vom 13.11.2019 gem. § 4 GeschO betr. Aktion der Deutschen Telekom "Wir jagen Funklöcher"
- 26. Bericht und Mitteilungen des Bürgermeisters
- 27. Bericht des Kämmerers zur Finanzlage der Stadt Übach-Palenberg
- 28. Bericht über gesponserte Aktivitäten in Übach-Palenberg im Haushaltsjahr 2018

B) Nichtöffentliche Sitzung

- 29. Bericht über die Ausführung der Beschlüsse des Rates vom 10.04.2019 aus nichtöffentlicher Sitzung
- 30. Erschließungsvertrag BP Nr. 124, ehemaliges Gelände der Musikschule Marienberg
- 31. Beteiligung der Kommunalholding GmbH über die NEW AG an der NEW Netz GmbH
hier: Kapitalerhöhung
- 32. Beteiligung der Kommunalholding GmbH über die NEW AG und die NEW Viersen GmbH an der NEW Tönisvorst GmbH
hier: Kapitalerhöhung
- 33. Abberufung und Bestellung der Leitung der örtlichen Rechnungsprüfung bei der Stadt Übach-Palenberg
- 34. Bestellung weiterer Prüferinnen/Prüfer der örtlichen Rechnungsprüfung bei der Stadt Übach-Palenberg
- 35. Beschluss über die zu ehrenden Bürger anlässlich des Bürgerempfangs 2020
- 36. Erweiterungen zur Tagesordnung
- 37. Bericht und Mitteilungen des Bürgermeisters
- 37.1 Bebauungsplan Nr. 53 - Dionysiusstraße - 4. Änderung gem. § 13 a BauGB
hier: Antragsteller im Rahmen der öffentlichen Auslegung
- 37.2 Bebauungsplan Nr. 84 - Daimlerstraße - 1.Änderung
hier: Antragsteller im Rahmen der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung

37.3 Erläuterungen zum Stellenplan für das Haushaltsjahr 2020

37.4 Bericht über gesponserte Aktivitäten in Übach-Palenberg im Haushaltsjahr 2018

Es waren anwesend:

Stadtverordnete

Frau Brigitte Appelrath	B'90/Die Grünen	
Herr Wolfgang Bien	UWG	
Herr Sven Bildhauer	SPD	
Herr Tim Böven	SPD	abwesend von 18.30 bis 18.35 Uhr (innerhalb TOP 19.1)
Herr Bernhard Brade	CDU	abwesend von 19.16 bis 19.19 Uhr (innerhalb TOP 19.1)
Frau Martina Czervan-Quintana Schmidt	CDU	abwesend von 18.43 bis 18.47 Uhr (innerhalb TOP 19.1)
Herr Dr. Sascha Derichs	SPD	abwesend von 18.48 bis 18.50 Uhr (innerhalb TOP 19.1)
Herr Herbert Fibus	SPD	abwesend von 18.53 bis 18.56 Uhr (innerhalb TOP 19.1)
Herr Josef Fröschen	CDU	abwesend von 19.27 bis 19.29 Uhr (innerhalb TOP 19.1)
Herr Peter Fröschen	CDU	
Herr Paul Josef Gerschel	SPD	abwesend von 18.43 bis 18.49 Uhr (innerhalb TOP 19.1)
Herr Herbert Görtz	CDU	
Herr Gerhard Gudduschat	CDU	
Herr Wolfgang Gudduschat	FDP-USPD	
Herr Walter Junker	CDU	
Herr Lars Kohnen	CDU	abwesend von 18.09 bis 18.11 Uhr (innerhalb TOP 19.1)
Herr Robert Kohnen	CDU	
Herr Frank Kozian	B'90/Die Grünen	abwesend von 18.11 bis 18.13 Uhr (innerhalb TOP 19.1)
Herr Rene Langa	CDU	abwesend von 19.19 bis 19.21 Uhr (innerhalb TOP 19.1)
Herr Dietmar Lux	CDU	
Herr Herbert Mlaker	FDP-USPD	
Herr Johannes Nievelstein	CDU	
Herr Hans-Georg Overländer	SPD	
Herr Alf Ingo Pickartz	SPD	
Herr Heinrich Schmalen	SPD	
Herr Gerd Streichert	SPD	abwesend von 18.43 bis 18.46 Uhr (innerhalb TOP 19.1)
Herr Oliver Walther	CDU	abwesend von 19.43 bis 19.45 Uhr (innerhalb TOP 19.6, zurück vor der Abstimmung)
Frau Corinna Weinhold	UWG	
Herr Artur Wörthmann	CDU	

Herr Hubert Wynands CDU

abwesend von 19.16 bis 19.19 Uhr
(innerhalb TOP 19.1)

Abwesende Stadtverordnete

Frau Claudia Burghardt SPD
Herr Rainer Reißmayer B'90/Die Grünen

Bürgermeister

Herr Bürgermeister Wolfgang Jungnitsch CDU

Verwaltungsbedienstete

Herr Erster Stadtbeigeordneter Helmut Mainz
Herr Kämmerer Björn Beeck
Herr Stadtoberrechtsrat Marius Claßen
Herr Stadtamtmann Thomas de Jong
Herr Stadtverwaltungsrat Dieter Gudehus
Herr Stadtoberverwaltungsrat Thomas Schröder
Herr Stadtverwaltungsrat Herbert Söhnen
Herr Stadtoberverwaltungsrat Heinz Waliczek ab 18.00 Uhr (TOP 19.1)

Schritfführerin

Frau Stadtamtsrätin Kerstin Feiter

Bürgermeister Jungnitsch stellte die ordnungsgemäße Einladung und die Beschlussfähigkeit des Rates fest. Er begrüßte die Stadtverordneten, die Vertreter der Verwaltung, die Vertreterin der Presse und die Zuschauer.

Insbesondere begrüßte er die am Projekt „KidS – Kommunalpolitik in der Schule“ teilnehmenden Jugendlichen.

Bürgermeister Jungnitsch gratulierte Stadtverordnetem Hans-Georg Overländer zu seinem Jubiläum 30 Jahre, der Stadtverordneten Corinna Weinhold und den Stadtverordneten Peter Fröschen und Gerd Streichert jeweils zu ihrem Jubiläum 25 Jahre und den Stadtverordneten Herbert Fibus und Rainer Reißmayer jeweils zu ihrem Jubiläum 20 Jahre Mitgliedschaft im Rat der Stadt Übach-Palenberg und würdigte das bisheriges Wirken der Jubilare.

Da dies die letzte Ratssitzung von Stadtverwaltungsrat Söhnen vor Eintritt in seinen Ruhestand ist, bedankte sich **Bürgermeister Jungnitsch** bei ihm für seine Dienste.

Die **SPD-Fraktion** erklärte, dass sie am Ende der öffentlichen Sitzung zwei Anfragen an die Verwaltung richten wolle.

A) Öffentliche Sitzung

1. Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 10.10.2019

Beschluss:

Die Niederschrift der Sitzung des Rates vom 10.10.2019 wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

2. Bericht über die Ausführung der Beschlüsse des Rates vom 10.04.2019 aus öffentlicher Sitzung

Der Bericht über die Ausführung der Beschlüsse des Rates vom 10.04.2019 aus öffentlicher Sitzung wurde ohne Fragen und ohne Widerspruch zur Kenntnis genommen.

3. Verzicht auf Aufstellung eines Gesamtabchlusses zum 31.12.2018

Beschluss:

Auf die Aufstellung eines Gesamtabchlusses für das Haushaltsjahr 2018 wird gem. § 116a GO n.F verzichtet. Der hierdurch gem. § 116a Abs. 3 GO n.F. notwendige Beteiligungsbericht wird in der vorliegenden Fassung vom 12.11.2019 beschlossen (der Beteiligungsbericht ist Bestandteil der Sitzungsunterlagen und in der Urschriftensammlung enthalten).

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

4. Überörtliche Prüfung durch die Gemeindeprüfungsanstalt; hier: Staatszuweisungen der Stadt Übach-Palenberg

Beschluss:

Der Rat der Stadt Übach-Palenberg beschließt die Abgabe der Stellungnahme der Verwaltung zu den im Prüfungsbericht zur überörtlichen Prüfung der Staatszuweisungen der Stadt Übach-Palenberg enthaltenen Feststellungen und Empfehlungen gegenüber der Gemeindeprüfungsanstalt und der Aufsichtsbehörde in der vorgelegten Fassung (die Stellungnahme ist Bestandteil der Sitzungsunterlagen und in der Urschriftensammlung enthalten).

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

5. **Interkommunale Zusammenarbeit zur Einführung und zum Betrieb eines Serviceportals für den Kreis Heinsberg und die kreisangehörigen Kommunen**
-

Beschluss:

1. **Das Vorhaben, ein gemeinsames Serviceportal für den Kreis Heinsberg und die kreisangehörigen Kommunen einzuführen, wird unterstützt.**
2. **Der Rat beauftragt die Verwaltung, alle Prüfungen vorzunehmen, um eine öffentlich-rechtliche Vereinbarung zur Einrichtung und zum Betrieb eines Serviceportals für den Kreis Heinsberg und die kreisangehörigen Kommunen vorzubereiten. Dabei ist durch mandatierende Vereinbarung dafür Sorge zu tragen, dass die Belange der kreisangehörigen Kommunen angemessen bei der Entscheidungsfindung zum Betrieb und zur Weiterentwicklung des Serviceportals sowie bei der Öffentlichkeitsarbeit beteiligt und berücksichtigt werden und eine Kostenbeteiligung der kreisangehörigen Kommunen an der Einrichtung und dem Betrieb des gemeinsamen Serviceportals über die Kreisumlage abgebildet wird.**

Abstimmungsergebnis:

Jeweils einstimmig

6. **Förderprogramm "Gute Schule 2020"**
-

Beschluss:

Der Anpassung des Verwendungskonzepts für zugesprochene Fördermittel aus dem Förderprogramm „Gute Schule 2020“ wird gemäß der Sitzungsvorlage zugestimmt. Alle Maßnahmen sind weiterhin gegenseitig deckungsfähig, wodurch die Verwendung der Mittel für die einzelnen Maßnahmen bei notwendigen Änderungen im Rahmen der Umsetzung flexibel ist (die Sitzungsvorlage ist Bestandteil der Sitzungsunterlagen und in der Urschriftensammlung enthalten).

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

**7. Bebauungsplan Nr. 10 - Ägidiusstraße - 1. Änderung gem. § 13 a BauGB
hier: Abschluss der öffentlichen Auslegung und Satzungsbeschluss**

Beschluss:

1. Es wird festgestellt, dass von Seiten der Öffentlichkeit keine Stellungnahmen abgegeben wurden.
2. Über die von den Behörden und den sonstigen Trägern öffentlicher Belange während der öffentlichen Auslegung eingegangenen Stellungnahmen wird entsprechend der Abwägungstabelle (siehe Anlage) entschieden (die Abwägungstabelle ist Bestandteil der Sitzungsunterlagen und in der Urschriftensammlung enthalten).
3. Die 1. Änderung gem. § 13 a BauGB des Bebauungsplanes Nr. 10 – Ägidiusstraße – wird gem. § 10 Abs. 1 BauGB als Satzung beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Jeweils einstimmig

(über die eingegangenen Stellungnahmen zu Punkt 2 der vorliegenden Beschlussempfehlung wurde entsprechend der Abwägungsvorschläge in der Abwägungstabelle jeweils einzeln abgestimmt)

**8. Bebauungsplan Nr. 40 - Kirchfeld - 6.vereinfachte Änderung
hier: Aufstellungsbeschluss und Anordnung des Beteiligungsverfahrens**

Beschluss:

1. Der Aufstellungsbeschluss zur 6. vereinfachten Änderung des Bebauungsplanes Nr. 40 – Kirchfeld - wird gem. § 13 Abs. 1 BauGB gefasst.

Umfang der Änderungen:

Ausschluss von Vergnügungsstätten (Aufzählung siehe Begründung)

2. Der Entwurf der 6. vereinfachten Änderung wird beschlossen.
3. Der von der Änderung des Bebauungsplanes betroffenen Öffentlichkeit und den von der Planänderung berührten Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange wird gem. § 13 Abs. 2 BauGB Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben.
4. Im Geltungsbereich der Änderung des Bebauungsplanes Nr. 40 – Kirchfeld - wird eine Veränderungssperre gemäß § 14 BauGB erlassen.

Abstimmungsergebnis:

Jeweils einstimmig

9. Erlass einer Veränderungssperre im Bereich der 6. vereinfachten Änderung des Bebauungsplanes Nr. 40 - Kirchfeld -

Beschluss:

Im Geltungsbereich der 6. vereinfachten Änderung des Bebauungsplanes Nr. 40 Kirchfeld wird eine Veränderungssperre gemäß § 14 BauGB erlassen.

Die betroffenen Flurstücke sind im beiliegenden Übersichtsplan dargestellt (der Übersichtsplan ist Bestandteil der Sitzungsunterlagen und in der Urschriftensammlung enthalten).

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

10. Bebauungsplan Nr. 41 - Thornstraße - 4. Änderung gem. § 13 a BauGB hier: Abschluss der öffentlichen Auslegung und Satzungsbeschluss

Beschluss:

1. Es wird festgestellt, dass von Seiten der Öffentlichkeit keine Stellungnahmen abgegeben wurden.
2. Über die von den Behörden und den sonstigen Trägern öffentlicher Belange während der öffentlichen Auslegung eingegangenen Stellungnahmen wird entsprechend der Abwägungstabelle (siehe Anlage) entschieden (die Abwägungstabelle ist Bestandteil der Sitzungsunterlagen und in der Urschriftensammlung enthalten).
3. Die 4. Änderung gem. § 13 a BauGB des Bebauungsplanes Nr. 41 – Thornstraße – wird gem. § 10 Abs. 1 BauGB als Satzung beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Jeweils einstimmig

(über die eingegangenen Stellungnahmen zu Punkt 2 der vorliegenden Beschlussempfehlung wurde entsprechend der Abwägungsvorschläge in der Abwägungstabelle jeweils einzeln abgestimmt)

**11. Bebauungsplan Nr. 53 - Dionysiusstraße - 4. Änderung gem. § 13 a BauGB
hier: Abschluss der öffentlichen Auslegung und Satzungsbeschluss**

Beschluss:

1. Über die von der Öffentlichkeit während der öffentlichen Auslegung eingegangene Stellungnahme wird entsprechend der Abwägungstabelle (siehe Anlage 1) entschieden (die Abwägungstabelle ist Bestandteil der Sitzungsunterlagen und in der Urschriftensammlung enthalten).
2. Über die von den Behörden und den sonstigen Trägern öffentlicher Belange während der öffentlichen Auslegung eingegangenen Stellungnahmen wird entsprechend der Abwägungstabelle (siehe Anlage 2) entschieden (die Abwägungstabelle ist Bestandteil der Sitzungsunterlagen und in der Urschriftensammlung enthalten).
3. Die 4. Änderung gem. § 13 a BauGB des Bebauungsplanes Nr. 53 – Dionysiusstraße – wird gem. § 10 Abs. 1 BauGB als Satzung beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

(über die eingegangenen Stellungnahmen zu Punkt 1 und 2 der vorliegenden Beschlussempfehlung wurde entsprechend der Abwägungsvorschläge in den Abwägungstabellen jeweils einzeln abgestimmt)

**12. Bebauungsplan Nr. 54 - Holthausen-Süd - 11. vereinfachte Änderung
hier: Abschluss der öffentlichen Auslegung und Satzungsbeschluss**

Beschluss:

1. Es wird festgestellt, dass von Seiten der Öffentlichkeit keine Stellungnahmen abgegeben wurden.
2. Über die von den Behörden und den sonstigen Trägern öffentlicher Belange während der öffentlichen Auslegung eingegangene Stellungnahme wird entsprechend der Abwägungstabelle (siehe Anlage) entschieden (die Abwägungstabelle ist Bestandteil der Sitzungsunterlagen und in der Urschriftensammlung enthalten).
3. Die 11. vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes Nr. 54 – Holthausen-Süd – wird gem. § 10 Abs. 1 BauGB als Satzung beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Jeweils einstimmig

**13. Bebauungsplan Nr. 84 - Daimlerstraße - 1. Änderung
hier: Abschluss der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit und der
Behörden und Anordnung der öffentlichen Auslegung**

Beschluss:

1. Über die von der Öffentlichkeit eingegangene Stellungnahme wird entsprechend der Abwägungstabelle (siehe Anlage) entschieden (die Abwägungstabelle ist Bestandteil der Sitzungsunterlagen und in der Urschriftensammlung enthalten).
2. Über die von den Behörden und den sonstigen Trägern öffentlicher Belange eingegangenen Stellungnahmen wird entsprechend der Abwägungstabelle (siehe Anlage) entschieden (die Abwägungstabelle ist Bestandteil der Sitzungsunterlagen und in der Urschriftensammlung enthalten).
3. Der Planentwurf zur 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 84 – Daimlerstraße - wird beschlossen (der Planentwurf ist Bestandteil der Sitzungsunterlagen und in der Urschriftensammlung enthalten).
4. Die öffentliche Auslegung gem. § 3 Abs. 2 BauGB zur 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 84 – Daimlerstraße - wird angeordnet. Parallel wird die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 2 BauGB durchgeführt.

Abstimmungsergebnis:

Jeweils einstimmig

(über die eingegangenen Stellungnahmen zu Punkt 2 der vorliegenden Beschlussempfehlung wurde entsprechend der Abwägungsvorschläge in der Abwägungstabelle jeweils einzeln abgestimmt)

**14. Erneuter Beschluss einer Veränderungssperre im Bereich der 1.Änderung
des Bebauungsplanes Nr. 121 - Drinhausen-Süd -**

Beschluss:

Im Geltungsbereich der 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 121 Drinhausen-Süd wird die Veränderungssperre gemäß § 17 Abs. 3 BauGB erneut beschlossen. Die Veränderungssperre gilt somit erneut für zwei Jahre.

Betroffene Flurstücke:

Gemarkung Übach-Palenberg, Flur 61, Flurstücke Flurstücksnummern 42, 43 tw., 57, 73 tw.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

15. **Bebauungsplan Nr. 124 - Musikschule - im beschleunigten Verfahren gem. § 13 a BauGB**
hier: Abschluss der öffentlichen Auslegung und Satzungsbeschluss
-

Beschluss:

1. Es wird festgestellt, dass von Seiten der Öffentlichkeit während der öffentlichen Auslegung keine Stellungnahmen abgegeben wurden.
2. Über die von den Behörden und den sonstigen Trägern öffentlicher Belange während der öffentlichen Auslegung eingegangenen Stellungnahmen wird entsprechend der Abwägungstabelle (siehe Anlage) entschieden (die Abwägungstabelle ist Bestandteil der Sitzungsunterlagen und in der Urschriftensammlung enthalten).
3. Der Bebauungsplan Nr. 124 - Musikschule - im beschleunigten Verfahren gem. § 13 a BauGB wird gem. § 10 Abs. 1 BauGB als Satzung beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Jeweils einstimmig

(über die eingegangenen Stellungnahmen zu Punkt 2 der vorliegenden Beschlussempfehlung wurde entsprechend der Abwägungsvorschläge in der Abwägungstabelle jeweils einzeln abgestimmt)

16. **Bebauungsplan Nr. 126 - Beggendorfer Straße - im beschleunigten Verfahren gem. § 13 a BauGB**
hier: Abschluss der öffentlichen Auslegung und Satzungsbeschluss
-

Beschluss:

1. Es wird festgestellt, dass von Seiten der Öffentlichkeit während der öffentlichen Auslegung keine Stellungnahmen abgegeben wurden.
2. Über die von den Behörden und den sonstigen Trägern öffentlicher Belange während der öffentlichen Auslegung eingegangenen Stellungnahmen wird entsprechend der Abwägungstabelle (siehe Anlage) entschieden (die Abwägungstabelle ist Bestandteil der Sitzungsunterlagen und in der Urschriftensammlung enthalten).
3. Der Bebauungsplan Nr. 126 – Beggendorfer Straße - im beschleunigten Verfahren gem. § 13 a BauGB wird gem. § 10 Abs. 1 BauGB als Satzung beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Jeweils einstimmig

(über die eingegangenen Stellungnahmen zu Punkt 2 der vorliegenden Beschlussempfehlung wurde entsprechend der Abwägungsvorschläge in der Abwägungstabelle jeweils einzeln abgestimmt)

17. Widmung von Gemeindestraßen für den öffentlichen Verkehr

Beschluss:

Gemäß § 6 Abs. 1 des Straßen- und Wegegesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen (StrWG) vom 23.09.1995 (GV.NRW.S.1028, ber. In GV.NRW 1996, S.81, S.141, S.216, S.355, ber. In GV.NRW 2007 S.327) in der zurzeit geltenden Fassung werden die im Eigentum der Stadt Übach-Palenberg stehenden Straßen

- **Gutenbergstraße (Gemarkung Übach-Palenberg, Flur 41, Flurstücke 1005 (tw.), 1004, 1001, 1000, 657)**
- **Am Wall (Gemarkung Übach-Palenberg, Flur 7, Flurstücke 511, 530, 513, 514)**
- **An der Via Belgica (Gemarkung Übach-Palenberg, Flur 7, Flurstücke 533, 539)**
- **Arminiusweg (Gemarkung Übach-Palenberg, Flur 7, Flurstück 532)**
- **Römerpforte (Gemarkung Übach-Palenberg, Flur 7, Flurstück 531)**
- **AgrippasträÙe (Gemarkung Übach-Palenberg, Flur 7, Flurstück 515, 516, 517, 534, 535)**
- **Zum Herbacher Wald (Gemarkung Übach-Palenberg, Flur 7, Flurstück 537)**
- **Beyelsfeld (Gemarkung Übach-Palenberg, Flur 7, Flurstück 538)**
- **FloÙer Pfad (Gemarkung Übach-Palenberg, Flur 7, Flurstück 536)**
- **Adolfstraße (Gemarkung Übach-Palenberg, Flur 7, Flurstück 563)**

als GemeindestraÙen im Sinne von § 3 Abs. 1 Nr. 3 StrWG NRW eingestuft und dem öffentlichen Verkehr uneingeschränkt gewidmet. Sie haben entsprechend § 3 Abs. 4 Nr. 2 StrWG NRW die Funktion von Straßen, bei denen die Belange der Erschließung der anliegenden Grundstücke überwiegen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

18. Abweichungssatzung über die Erhebung von Erschließungsbeiträgen der Stadt Übach-Palenberg für die Gutenbergstraße

Beschluss:

Der Abweichungssatzung über die Erhebung von Erschließungsbeiträgen der Stadt Übach-Palenberg für die Gutenbergstraße wird zugestimmt (die Abweichungssatzung ist Bestandteil der Sitzungsunterlagen und in der Urschriftensammlung enthalten).

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

19. Haushalt 2020

19.1 Haushaltsreden

Die Haushaltsreden der einzelnen Fraktionen sind als Anlagen der Niederschrift beigefügt.

Im Anschluss an die Haushaltsreden kam es zu einer Aussprache.

19.2 Einwendungen gemäß § 80 Absatz 3 GO NRW zum Haushaltsentwurf 2020

Einwendungen gemäß § 80 Abs. 3 GO NRW lagen nicht vor.

19.3 Änderungsanträge zum Haushaltsentwurf 2020

Bürgermeister Jungnitsch ließ zunächst über die seitens der Verwaltung vorgeschlagenen Änderungen abstimmen. Insoweit verwies er auf die am 26.11.2019 nachgesendete Änderungstabelle (diese ist Bestandteil der Sitzungsunterlagen und in der Urschriftensammlung enthalten).

Anschließend ließ er über die Änderungsanträge der SPD-Fraktion abstimmen. Insoweit verwies er auf die seitens der SPD-Fraktion schriftlich eingereichten abgeänderten Änderungsanträge vom 26.11.2019 (diese sind Bestandteil der Sitzungsunterlagen und in der Urschriftensammlung enthalten).

1. Änderungsvorschlag der Verwaltung:

Die Änderungen gemäß Änderungstabelle vom 26.11.2019 werden beschlossen (die Änderungstabelle ist Bestandteil der Sitzungsunterlagen und in der Urschriftensammlung enthalten).

2. Änderungsantrag der SPD-Fraktion:

Die Änderungen gemäß Änderungsantrag der SPD-Fraktion vom 26.11.2019 werden beschlossen (der Änderungsantrag ist Bestandteil der Sitzungsunterlagen und in der Urschriftensammlung enthalten).

Abstimmungsergebnis:

zu 1: 20 Ja-Stimmen
11 Enthaltungen

zu 2: 11 Ja-Stimmen
20 Nein-Stimmen

Der Antrag wurde somit abgelehnt.

19.4 Gebührenkalkulationen für das Jahr 2020 betreffend die öffentlichen Einrichtungen Straßenreinigung, Stadtentwässerung, Abfallbeseitigung und Bestattungswesen

Beschluss:

Die für das Haushaltsjahr 2020 gefertigten Gebührenkalkulationen der Stadt Übach-Palenberg für die öffentlichen Einrichtungen

- Straßenreinigung
- Stadtentwässerung
- Abfallbeseitigung
- Bestattungswesen

werden ohne Änderungen beschlossen (die Gebührenkalkulationen sind Bestandteil der Sitzungsunterlagen und in der Urschriftensammlung enthalten).

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

19.4.1 14. Änderungssatzung der Beitrags- und Gebührensatzung zur Entwässerungssatzung der Stadt Übach-Palenberg

Beschluss:

Die als Anlage beigefügte 14. Änderungssatzung der Beitrags- und Gebührensatzung zur Entwässerungssatzung der Stadt Übach-Palenberg wird beschlossen (die Anlage ist Bestandteil der Sitzungsunterlagen und in der Urschriftensammlung enthalten).

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

19.5 4. Änderung der Satzung über die Festsetzung der Hebesätze für die Realsteuern der Stadt Übach-Palenberg -Hebesatzsatzung-

Beschluss:

Die als Anlage beigefügte 4. Änderungssatzung der Satzung über die Festsetzung der Hebesätze für die Realsteuern der Stadt Übach-Palenberg - Hebesatzsatzung- wird beschlossen (die Anlage ist Bestandteil der Sitzungsunterlagen und in der Urschriftensammlung enthalten).

Abstimmungsergebnis:

**19 Ja-Stimmen
9 Nein-Stimmen
3 Enthaltungen**

19.6 Beratung und Beschluss des Stellenplanes für das Haushaltsjahr 2020

Seitens der Verwaltung wurde erläutert, dass der Antrag auf zwei zusätzliche Stellen durch die Bezirksregierung wegen dringenden Bedarfs genehmigt worden sei. Diese Stellen könnten nun über das Personalentwicklungskonzept hinaus eingerichtet werden und seien im Entwurf des vorliegenden Stellenplanes enthalten. Hierbei handele es sich um einen zusätzlichen Stadtplaner und einen Verwaltungsinformatiker.

Die SPD-Fraktion erklärte, sie könne dem vorliegenden Stellenplan trotzdem nicht zustimmen, da ihrer Meinung nach statt der Beauftragung externer Dienstleistungen, insbesondere im Bereich der Ordnungsverwaltung, entsprechende Stellen im Stellenplan geschaffen werden sollten.

Beschluss:

Dem Stellenplan der Beamten und tariflich Beschäftigten für das Jahr 2020 wird zugestimmt (der Stellenplan ist Bestandteil der Sitzungsunterlagen und in der Urschriftensammlung enthalten).

Abstimmungsergebnis:

**20 Ja-Stimmen
9 Nein-Stimmen
2 Enthaltungen**

19.7 **Beratung und Erlass der Haushaltssatzung 2020**

Der Entwurf der Haushaltssatzung wurde unter Berücksichtigung der unter TOP 19.3 beschlossenen Änderungen zur Abstimmung gestellt.

Beschluss:

Die Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2020 wird wie folgt beschlossen:

Im Ergebnisplan mit

- Gesamtbetrag der Erträge	68.017.800 €
- Gesamtbetrag der Aufwendungen	67.898.091 €

im Finanzplan mit

- Gesamtbetrag der Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	62.526.442 €
- Gesamtbetrag der Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	71.679.372 €
- Gesamtbetrag der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	6.394.383 €
- Gesamtbetrag der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	13.937.874 €
- Gesamtbetrag der Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit	4.166.614 €
- Gesamtbetrag der Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit	6.012.039 €
Gesamtbetrag der Investitionskredite	504.198 €
Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen	10.187.270 €
Verringerung der allgemeine Rücklage	0 €
Höchstbetrag der Kredite zur Liquiditätssicherung	24.000.000 €

Ein Haushaltssanierungsplan ist aufgestellt.

Steuersätze

Grundsteuer A	300 v.H.
Grundsteuer B	680 v.H.
Gewerbsteuer	475 v.H.

Abstimmungsergebnis:

19 Ja-Stimmen
11 Nein-Stimmen
1 Enthaltung

Bürgermeister Jungnitsch legte eine Sitzungspause von 10 Minuten ein (19.53 Uhr bis 20.03 Uhr).

20. **Antrag der CDU-Fraktion vom 02.10.2019 gem. § 4 GeschO betr. Stellmacherstraße**

Beschluss:

Im Gebiet zwischen Hovergracht, Talstraße und Friedrich-Ebert-Straße wird im Rahmen der Bebauung eine Straße erstellt. Diese soll „Stellmacherstraße“ benannt werden.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

21. Antrag der CDU-Fraktion vom 06.10.2019 gem. § 4 GeschO betr. Schilder an den Stadteingangsstraßen

Die CDU-Fraktion erklärte, dass ihr Antrag in der Öffentlichkeit leider missverstanden worden sei. Deshalb wolle sie ihren Antrag insoweit ändern, als dass die von ihr vorgeschlagenen Texte jeweils um den Zusatz „und hat daher keinen Platz für Rassismus“ ergänzt werden.

Die SPD-Fraktion sprach sich gegen den Antrag der CDU-Fraktion aus. Die vorgeschlagenen Schilder seien ihrer Ansicht nach reines Marketing. Die bisherigen Schilder seien eindeutig. Sie stehen auch in anderen Städten und haben dadurch einen Wiedererkennungswert. Sie zu ersetzen sei ein falsches Signal. In dem Zusammenhang verwies sie auch auf die Warnung des Bündnisses gegen Rechts – für Demokratie und Toleranz im Kreis Heinsberg die Schilder zu entfernen bzw. zu ersetzen. Sie schlug daher vor, die Schilder hängen zu lassen und die von der CDU vorgeschlagenen Schilder zusätzlich zu montieren.

Auch die UWG-Fraktion sprach sich gegen den Antrag der CDU-Fraktion und für den Erhalt der bisherigen Schilder aus. Diese seien so prägnant, dass sie keine Veranlassung sehe, sie zu ändern.

Die CDU-Fraktion beantragte eine kurze Sitzungsunterbrechung.

Im Anschluss erklärte sie, sich dem Kompromissvorschlag der SPD-Fraktion anschließen zu wollen, die alten Schilder hängen und die neuen Schilder zusätzlich montieren zu lassen.

Beschluss:

Neben den an den Einfallstraßen von Übach-Palenberg angebrachten Schildern „Übach-Palenberg hat keinen Platz für Rassismus“ werden Schilder mit den folgenden aufgeführten Texten aufgestellt:

- | | |
|-----------------------------------|------------------------------------|
| 1. Übach-Palenberg ist weltoffen | (Heerleener Straße/ Grenze) |
| 2. Übach-Palenberg ist tolerant | (Kreuzung Waldhausen) |
| 3. Übach-Palenberg ist gewaltfrei | (Ecke Annastraße/ Roermonder Str.) |
| 4. Übach-Palenberg ist Bunt | (Merksteiner Straße) |
| 5. Übach-Palenberg ist fair | (Siepenbusch) |

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

22. Antrag der CDU-Fraktion vom 07.10.2019 gem. § 4 GeschO betr. Namensvergabe für das Vereinshaus in Marienberg

Beschluss:

Das bisher namenlose Vereinshaus in Marienberg wird zukünftig „Benno-Werth-Haus“ benannt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

23. Antrag der CDU-Fraktion vom 08.10.2019 gem. § 4 GeschO betr. Ehrenbürgerschaft für Herrn Walter Pötter

Die SPD-Fraktion kritisierte, dass die CDU-Fraktion im Vorfeld zu ihrem Antrag nicht auf die übrigen Fraktionen im Rat zugegangen sei. Ein solcher Antrag sollte ihrer Meinung nach vom gesamten Rat getragen werden. Darüber hinaus habe sie bedenken, Herrn Pötter mit der Ehrenbürgerschaft auszuzeichnen, da der Anlass seines Handelns vorwiegend finanzielle Gründe habe.

Die Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen erklärte, dass in vorliegendem Fall noch nicht einmal die Kriterien zur Verleihung der Ehrennadel der Stadt Übach-Palenberg erfüllt seien. Insofern könne sie auch einer Ehrenbürgerschaft nicht zustimmen.

Beschluss:

Der Rat ernennt Herrn Walter Pötter zum Ehrenbürger der Stadt Übach-Palenberg.

Abstimmungsergebnis:

19 Ja-Stimmen
12 Nein-Stimmen

Da somit die in vorliegendem Fall gesetzlich notwendige Mehrheit von zwei Dritteln der gesetzlichen Zahl der Mitglieder nicht erreicht wurde, gilt der Antrag als abgelehnt.

24. Antrag der FDP-USPD-Fraktion vom 07.10.2019 gem. § 4 GeschO betr. Verleihung eines Heimatpreises

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen

1. in welchem Umfang Mittel aus dem NRW-Förderprogramm „Heimat-

förderung“ für die Verleihung eines „Heimatpreises“ beantragt werden können.

2. wie eine Preisverleihung realisiert werden könnte.

Das Ergebnis der Prüfung ist dem Rat zur Kenntnis zu geben.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

25. Erweiterungen zur Tagesordnung

25.1 Antrag der CDU-Fraktion vom 11.11.2019 gem. § 4 GeschO betr. Errichtung von drei Drempe (Bremschwellen) auf der Otto-von-Hubach-Straße in Verbindung zur Johanniterstraße

Die UWG-Fraktion sprach sich gegen den Antrag aus. Die Errichtung der Drempe sei an dieser Stelle nicht die geeignete Lösung für das Problem. Sie halte ein energisches Vorgehen gegen die „Raser“ durch regelmäßige Messungen für sinnvoller.

Beschluss:

Auf der Otto-von-Hubach-Straße in Verbindung zur Johanniterstraße werden drei Drempe (Bremschwellen) errichtet.

Abstimmungsergebnis:

29 Ja-Stimmen
2 Nein-Stimmen

25.2 Antrag der CDU-Fraktion vom 13.11.2019 gem. § 4 GeschO betr. Aktion der Deutschen Telekom "Wir jagen Funklöcher"

Beschluss:

Die Stadt Übach-Palenberg beteiligt sich an der Aktion der Deutschen Telekom „Wir jagen Funklöcher“. Die Verwaltung wird mit der fristgerechten Umsetzung des Antrages beauftragt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

26. Bericht und Mitteilungen des Bürgermeisters

Berichte und Mitteilungen des Bürgermeisters lagen nicht vor.

27. Bericht des Kämmerers zur Finanzlage der Stadt Übach-Palenberg

Die Sitzungsunterlagen wurden zur Kenntnis genommen. Wortmeldungen hierzu ergaben sich nicht.

28. Bericht über gesponserte Aktivitäten in Übach-Palenberg im Haushaltsjahr 2018

Die Sitzungsunterlagen wurden zur Kenntnis genommen. Wortmeldungen hierzu ergaben sich nicht.

Anfragen

Die SPD-Fraktion erklärte, dass sich eine ihrer beiden Anfragen erledigt habe.

Anfrage der SPD-Fraktion:

Die SPD-Fraktion bezog sich auf eine Befreiung der Parkscheibenpflicht für Anwohner der Comeniusstraße/ Friedensstraße und fragte seit wann es die Befreiung der Parkscheibenpflicht gebe, wer diese beschlossen habe, für welche Straßen diese gelte, wer eine Befreiung beantragen könne, ob hierfür eine Gebühr erhoben werde und wenn ja, welche und auf welche Straßen eine Ausdehnung der Befreiung ggf. vorgesehen sei.

Die Verwaltung sagte eine schriftliche Beantwortung der Anfrage zu.

Vor dem Hintergrund des bevorstehenden Jahresendes dankte **Bürgermeister Jungnitsch** den Rats- und Ausschussmitgliedern für die Zusammenarbeit und wünschte allen Anwesenden ein besinnliches Weihnachtsfest und einen guten Start in das neue Jahr.

Bürgermeister Jungnitsch schloss um 20.53 Uhr die öffentliche Sitzung.

Nach Wiederherstellung der Öffentlichkeit schloss **Bürgermeister Jungnitsch** um 21.02 Uhr die Sitzung.

Jungnitsch
Bürgermeister

Feiter
Schriftführerin